Positionspapier**I. Hintergrund der Befragung**

Die vertragliche Situation mit den Trägern von Kindertagesstätten ist sehr unterschiedlich. Von den insgesamt 126 Einrichtungen befinden sich 73 in der Pauschalfinanzierung und 53 Einrichtungen in der Kostenerstattung, davon 37 Einrichtungen in der Kostenerstattung ohne vertragliche Regelung. In der Beauftragung des Stadtrates aus DS 135/2004 ist eine Vereinheitlichung der zukünftigen Finanzierung unverzichtbar.

Mit den letzten Übertragungen 2004 und 2005 wurden Träger angesprochen und massiv unterstützt, Einrichtungen zu übernehmen. Auf geäußerte Unsicherheiten erfolgten vielfach begünstigende Verfahrensregelungen, um den Trägern den Weg in die „selbständige Betriebsführung“ zu erleichtern. Nach vier und fünf Jahren der praktischen Arbeit ist einzuschätzen, dass alle Träger dieses Ziel erreicht haben.

Im Ergebnis der vorliegenden Befragung, aller thematischen Beratungen und der jährlich geführten Trägergespräche ist einzuschätzen, dass die Träger sich in der gegenwärtigen Finanzierungssituation sehr gut und selbständig positioniert haben. Träger, die mit der Kostenerstattung unzufrieden waren, konnten unter bestimmten Voraussetzungen in die Pauschalfinanzierung wechseln.

Die Vorteile der Pauschalfinanzierung werden allgemein anerkannt, insbesondere erlaubt die Möglichkeit der Rücklagenbildung ein sehr freies Agieren der Träger in ihren Einrichtungen und zugunsten der betreuten Kinder und deren Eltern.

Diese wirtschaftliche Selbständigkeit ist mit Blick auf die Lösung der Kapazitätenfrage und kurzfristigen Rechtsanspruchssicherung auch in den letzten Jahren zugleich kritisch im Jugendhilfeausschuss diskutiert worden.

II. Zeitschiene

Neben der unter I. beschriebenen Verfahrensseite entwickelten sich die Modelle zur Neugestaltung der Finanzierung. Aus der Analyse der örtlichen Situation und einer bundesweiten Recherche wurden durch die Verwaltung erste Grundgedanken zusammengetragen und bewertet. In einem zweiten Schritt wurden die Modelle und Grundgedanken der Finanzierung z. B. Abwägung „reine Pauschalfinanzierung“ gegenüber originärer Kostenerstattung per Gesetz mit einer eigens gebildeten Unterarbeitsgruppe der AG 78 Kita diskutiert. Die Gespräche fanden am 13.02., 17.04., 08.05., 18.08., 15.09. und 12.11.2008 statt.

Aus dieser grundsätzlichen Verständigung folgte die Aufgabe für die Verwaltung, die Modelle in ihren Auswirkungen z. B. bezüglich der Kosten zu entwickeln, fachliche Prioritäten aufzuzeigen. Mit den Modellen mussten Kriterien und Maßstäbe einer Bewertung bis hin zur perspektivischen Beschlussfassung durch den Stadtrat und Oberbürgermeister begründet werden.

In Anbetracht des Umfangs dieser Arbeit, die in Federführung des Amtes 51 mit punktueller Unterstützung durch zuständige Fachbereiche und Ämter liegt, hält dieser Prozess an.

Trägerbefragung zur vorgesehenen Neuregelung der Kita-Finanzierung

Mit der Befragung im Frühjahr 2009 sollten die Träger vor der Ausarbeitung der Finanzierungsrichtlinie in die Meinungsbildung der Stadtverwaltung einbezogen werden.

Gefragt wurden die Träger auch nach Ergänzungen, Hinweisen und weiteren Lösungsvorschlägen. Mit dem Fragebogen wurde zugleich der Argumentation kleinerer Träger gefolgt, die gelegentliche Informationsdefizite aus der Unterarbeitsgruppe und der AG 78 anmerkten.

Am Drucksachenentwurf wird derzeit mit einem etwa zweimonatigen Verzug gearbeitet. Seine erste Beratung mit den Trägern ist für September avisiert. Geplant ist, die Drucksache im Oktober 2009 nach Genehmigung durch den OB im Jugendhilfeausschuss vorzustellen.

Eine Auswertung der Trägerbefragung mit allen Trägern und einem ersten Zwischenbericht der Verwaltung soll noch im August 2009 erfolgen.

III. Feststellungen aus der Befragung

1: Die Befragung bestätigte die gute Einbeziehung der Träger in die Neufassung der Finanzierungsgrundlagen im Bereich Kindertagesstätten (FB-Frage 1-3).

Von 32 Trägern beteiligten sich 28. Die vier sich nicht beteiligenden Träger vertreten insgesamt 10 Einrichtungen.

10 Träger schätzen ein, dass sie sich zum Thema Neuregelung der Finanzierung umfassend informiert fühlen und ihnen die diskutierten Finanzierungsmodelle umfänglich bekannt sind. Die übrigen 64 % (18 Träger) kennen die benannten Modelle zumindest teilweise. Vier o. g. Träger zeigten dennoch an, sich nicht informiert zu fühlen.

Auf Grundlage dieser Informiertheit hätte jederzeit das Angebot der Verwaltung genutzt werden können, sich weitergehend zu informieren. Parallel wurden Beratungsergebnisse und Termine ebenfalls öffentlich in den Unterausschuss bzw. Jugendhilfeausschuss der Landeshauptstadt Magdeburg gegeben. Rund ein Drittel der Beteiligten schätzen kritisch ein, bisher nicht ihre Möglichkeiten der Mitwirkung und Einbringung genutzt zu haben.

2: Von Seiten der Leistungserbringer spricht sich die Mehrheit für eine Pauschalierung der Finanzierung aus (FB-Frage 4).

Die Pauschalierung wird in mehreren Modellen verfolgt. Neben der Pauschalierung nach Betreuungsart, nach Einrichtung wird sie auch für Betriebskostenanteile diskutiert. Eher kleinere Träger (bis zu 3 Einrichtungen) bevorzugen die Variante der Kostenerstattung bzw. des Mischmodells mit Spitzabrechnung der Personalkosten.

Der Vorschlag der Verwaltung nimmt diesen Trend grundsätzlich in die Förderung auf: „...maximale Pauschalierung bei minimaler Kostenerstattung z. B. im Personalkostenbereich“.

Zur Kostenerstattung im Personalkostenbereich erfolgten umfangreiche Diskussionen in den Arbeitsberatungen. Insbesondere der hohe Anteil (bis zu 85 % der Gesamtkosten) lassen einen sensiblen Umgang mit dieser Finanzierungsgröße notwendig erscheinen. Ein Argument in der Diskussion war auch, die unbedingte Qualifizierung des Personals mit einer angemessenen Vergütung zu sichern.

Trägerbefragung zur vorgesehenen Neuregelung der Kita-Finanzierung

Bezüglich Frage 4 und der darin aufgeführten drei Grundmodelle (vollständige Kostenerstattung, reine Pauschalierung, Mischmodell) wurden 31 Antworten gegeben.

Eine vierte mögliche Wahlalternative D wurde von vier Trägern als Variante einer Pauschalierung ausgeführt.

Damit ergibt sich folgendes Ergebnis:

- 9 Träger bevorzugen die vollständige Kostenerstattung,
- 8 Träger das durch die Verwaltung favorisierte Mischmodell aus Pauschalierung und Kostenerstattung.
- Zur reinen Pauschalierung bekennen sich 14 Träger. Mit dem priorisierten Mischmodell würde diesem Anliegen in Teilen entsprochen.

3: Das Ziel, die zukünftige Finanzierung über eine Finanzierungsrichtlinie zu gestalten, ist den Trägern zu unbestimmt (FB-Frage 5).

Auf Grund fehlender vertraglicher Vereinbarungen mit rund einem Drittel der Einrichtungen bezog sich die Fragestellung nur auf eine grundsätzliche Positionierung zu diesem Vorhaben, welches sich mit dem Auslaufen bestehender vertraglicher Vereinbarungen teilweise stellen wird. Eine andere Notwendigkeit ist in der Regelung fachlicher, qualitativer Standards, z. B. zur vorschulischen Bildung zu sehen.

10 der beteiligten Träger gaben keine Antwort, drei Träger eine durchweg positive Rückmeldung für eine Richtlinie. 11 der Antwortenden votierten eher für eine Richtlinie, gaben jedoch noch Hinweise bzw. Alternativen an. Fünf Träger votierten dagegen.

4: An der langfristigen Perspektive neben der Finanzierungsrichtlinie eine Rahmenvereinbarung mit den Trägern abzuschließen, ist aus inhaltlichen Fragen und zur Gestaltung des Rechtsanspruchssicherung festzuhalten (FB-Frage 6).

10 Träger befürworten, dass einheitliche inhaltliche und qualitative Rahmenbedingungen zur Führung einer Einrichtung perspektivisch in einer Rahmenvereinbarung fixiert werden. Der größte Anteil der Träger (11 Träger = 39 %) ist eher verhalten in der Zustimmung, was in der Begründung oft darauf zurückgeführt wurde, dass diese Rahmenbedingungen noch nicht genauer definiert sind.

5. Die Einführung einer vom Stadtrat geforderten internetgestützten Software im Bereich Kita wird von einer Mehrheit der Träger unterstützt.

Abwägungen erfolgen insbesondere auf Seiten der Träger bezüglich des derzeit noch unbekanntes Aufwandes, der Praktikabilität und Zielgenauigkeit der in Vorbereitung befindlichen Anwendung (FB-Frage 7).

6 Träger stimmen dem Vorhaben zu, 13 Träger votierten jedoch eher abwartend zu einer teilweisen Zustimmung mit Blick auf dem in der Entwicklung stehenden System und mit Hinweisen auf Praktikabilität und Kompatibilität mit anderen Systemen.

Die 6 Träger repräsentieren insgesamt 26 Einrichtungen.

Trägerbefragung zur vorgesehenen Neuregelung der Kita-Finanzierung

6. Eine Mehrheit der Träger bevorzugt die Fortschreibung des bisher einheitlichen Elternbeitrags bzw. der Staffelungsmöglichkeit (FB-Frage 8).

21 Träger lehnen eine gesetzeskonforme Übertragung ab, 2 stimmen teilweise zu, 5 Träger stimmen in Gänze zu.

Bezüglich dieses Themas werden die meisten Abstimmungsbedarfe festgestellt. Vermutlich wird das Antwortverhalten der Träger vor dem Hintergrund steigendem Verwaltungs- und Organisationsbedarf erklärbar.

Auf Seiten der Verwaltung stellt sich insbesondere die Frage einer gesetzeskonformen Umsetzung dieses Finanzierungsdrittels im Kita-Bereich.

Zudem ist die Klarstellung für die Finanzierung einer qualitativen Grundbetreuung mit trägerspezifischen und konzeptionellen Mehrbedarfen in Bezug auf den Elternbeitrag notwendig. Eine Anzahl Träger erhebt auch gegenwärtig schon zusätzliche Elternbeiträge.

Dr. Klaus